



Maximilian Becker, Mathilda Reinicke (Hrsg.)

Anders wachsen!

Von der Krise der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft und
Ansätzen einer Transformation

ISBN 978-3-96238-031-1

304 Seiten, 14,8 x 21 cm, 19,00 Euro

oekom verlag, München 2018

©oekom verlag 2018

www.oekom.de

Grenzen der Ausbeutung? Wie der globale Norden über die Verhältnisse des Südens lebt

Stephan Lessenich¹

Die Lebenslügen des Wohlstandskapitalismus

Mit den jüngeren Krisenerscheinungen dieser Gesellschaft, insbesondere mit der jüngsten Krise des europäischen Migrationsregimes, sind die Lebenslügen der wohlstandskapitalistischen Vergesellschaftungsweise ans Licht gekommen. Oder sagen wir: Wenn dem öffentlich irreführend als »Flüchtlingskrise« apostrophierten sozialen und gesellschaftspolitischen Phänomen eine positive Wirkung zugeschrieben werden kann, dann ist es jene der Eröffnung eines Gelegenheitsfensters, um sich Klarheit über die Lebenslügen dieser Gesellschaft zu verschaffen.

Drei Überzeugungen haben das gesellschaftliche Selbstverständnis der Bundesrepublik – in ihrer Bonner wie Berliner Gestalt – maßgeblich geprägt. Zum einen war dies die Vorstellung, dass »unser Wohlstand« aus unserer eigenen, deutschen Hände harter Arbeit resultiere, aus der wirtschaftlichen Produktivität, der unternehmerischen Innovationskraft und dem ordnungspolitischen Gestaltungssinn der »Sozialen Marktwirtschaft«. Zum anderen die – im postfaschistischen Deutschland allerdings nur langsam gewachsene und eher oberflächlich verankerte – Deutung, dass »unsere Demokratie« eine institutionelle Errungenschaft sei, die als Orientierungsmodell und Wertmaßstab auch für andere, politisch

¹ Dieser Text wurde bereits im isw Report 109 veröffentlicht und wird hier mit freundlicher Genehmigung des Instituts für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung nochmals abgedruckt.

weniger zivilisierte Gesellschaften inner- wie außerhalb Europas dienen könne und solle. Schließlich kam man nach den Vernichtungsexzessen in Zeiten des Nationalsozialismus hierzulande überein, die Parole »nie wieder Krieg« und die normative Ächtung von Gewalt als den Gründungskonsens der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu bezeichnen.

»Unser Wohlstand«, »unsere Demokratie«, »nie wieder Krieg«: Was gut klingt und wie ein deutsches Märchen anmutet, erweist sich bei genauerem Hinsehen – ganz wie das vor einigen Jahren mit viel materiellem und symbolischem Auswand inszenierte und mittlerweile als ein Fall organisierter Kriminalität enttarnte »Sommermärchen« – in der Tat als eine Mär, als eine äußerst trügerische Erzählung. Es offenbart sich als ein gesellschaftliches Wohlfühl-narrativ, das die strukturellen und funktionalen Voraussetzungen des Aufstiegs und der Stabilität nationaler Wohlstandsfriedensdemokratien, in Deutschland wie in den anderen kapitalistischen Zentren der Welt, effektiv zu unterschlagen weiß. Eine Erzählung, die zahlreiche politische Akteure, im Prinzip quer zu den Parteigrenzen, heute zu erneuern und fortzuschreiben versuchen, ihren Wahlbürger*innen zum Wohlgefallen. Das vielstimmige, auf paradoxe Weise fortschrittsreaktionäre *Make America/Britain/Deutschland/la France etc. great again* setzt unmissverständlich darauf, die Lebenslügen des – national je spezifisch gearteten – Wohlstandskapitalismus am Leben zu erhalten. Im Zweifelsfall auch weiterhin auf Kosten des Lebens anderer.

Denn das ist das peinliche Geheimnis des als so erhaltenswert gefeierten »westlichen« Gesellschafts- und Entwicklungsmodells: Es funktionierte und funktioniert bis heute in der Weise, wie es dies über viele Jahrzehnte hinweg mit ohne Weiteres erkennbarem und weithin anerkanntem Erfolg getan hat, nur unter ganz bestimmten politischen und ökonomischen, ökologischen und sozialen Voraussetzungen. Unter Voraussetzungen, die wesentlich außerhalb dieses Modells zu suchen sind und von den gesellschaftlichen Akteuren seiner glorifizierenden Bewahrung ausgeblendet oder gar unsichtbar gemacht werden. »Unser« Wohlstand, »unsere« Demokratie und »unser« Frieden beruhen auf Armut, Entrechtung und Gewalt – hierzulande, vor allen Dingen aber andernorts. Und dass es diesen funktionalen Zusammenhang gibt, lässt sich zunehmend schlechter verhehlen.

Externalisierung als Reproduktionsmechanismus kapitalistischer Vergesellschaftung

Das peinliche Geheimnis fortgeschrittener kapitalistischer Gesellschaften ist nicht, wie im herrschenden, von Kritiker*innen zumeist als »neoliberal« etikettierten Diskurs gerne behauptet, dass sie »über ihre Verhältnisse« leben: dass im Wohlstandskapitalismus also, gemessen an der wirtschaftlichen Wertschöpfung einer Periode, zu viel Wertanteil konsumiert statt produktiv genutzt und reinvestiert würde, weswegen die »unproduktive« Wertabschöpfung via Arbeitslöhnen, Sozialleistungen und öffentlichen Haushalten strukturell begrenzt, die Konsumgürtel mithin enger geschnallt werden müssten. Womit dann natürlich immer die Gürtel der anderen gemeint sind – der Lohnabhängigen, Transferempfänger*innen und Nutzer*innen öffentlicher Infrastruktur.

Das peinliche Geheimnis der Gesellschaften spätkapitalistischen Typs lautet vielmehr, dass in ihnen über die Verhältnisse anderer gelebt wird. Die grammatikalische Konstruktion des vorherigen Satzes ist durchaus korrekt: In den reichen, als demokratische Wohlfahrtskapitalismen verfassten Gesellschaften des globalen Nordens wird nicht nur, im Durchschnitt ihrer jeweiligen Bevölkerungen, über den Verhältnissen der ärmeren, erst und allenfalls auf dem dornigen Weg zu einer industriekapitalistischen Entwicklungsdynamik sich befindenden Gesellschaften gelebt. Die reichen Gesellschaften weisen nicht nur ein weit höheres Niveau des durchschnittlichen Lebensstandards, der wirtschaftlichen Produktivität, des Güterkonsums, des Ressourcen- und Energieverbrauchs auf als die – in ebendiesem Sinne – ärmeren Gesellschaften der Welt. All diese Insignien gesellschaftlichen Reichtums, der im Kapitalismus bekanntlich als eine »ungeheure Warensammlung« (Marx 1962: 49) erscheint, sind maßgeblich der Tatsache geschuldet, dass in anderen Weltregionen, in den erst spät oder immer noch nur ansatzweise industrialisierten Gesellschaften des globalen Südens, die entgegengesetzten Verhältnisse herrschen: ein durchschnittlich niedriger Lebensstandard, strukturelle wirtschaftliche Produktivitätsrückstände, in praktisch jeder Hinsicht deutlich geringere Verbrauchsniveaus.

»Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht« (ebd.), beruht in wesentlichem Maße auf der Ausbeutung von Gesellschaften, in denen keine, eine bloß unvollständige oder aber eine vorrangig abhängige kapitalistische Produktionsweise herrscht. Der Wohlstand der historisch früh industrialisierten Nationen ist Resultat der Beherrschung und Spiegelbild des »Übelstands« anderer Nationen. Die »rich democracies« (Wilensky 2002) des Nordens leben über die Verhältnisse der südlichen Entwicklungs-, Armut- und Elendskapitalismen. Ihre historisch und global einzigartigen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse sind *nur vermittelt über* die anderswo herrschenden, anderen Bevölkerungen aufgeherrschten Arbeits- und Lebensverhältnisse überhaupt denk- und lebbar.

Dies ist die hier zu vertretende These (die sogleich zu spezifizieren und differenzieren sein wird): Die in den reichen industriekapitalistischen Gesellschaften des globalen Nordens herrschenden Produktions- und Konsum-, Arbeits- und Lebensweisen gehen systematisch auf Kosten und zu Lasten der Lebenschancen großer gesellschaftlicher Mehrheiten in den ärmeren Gesellschaften des globalen Südens. Hinter dieser These steht die kapitalismustheoretisch und gesellschaftsanalytisch zentrale Einsicht in die Relationalität – sprich in den strukturellen Zusammenhang und das dynamische Zusammenwirken – der an unterschiedlichen »Orten« bzw. Positionen des kapitalistischen Weltsystems herrschenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Verhältnisse. In genau diesem – übertragenen – Sinne ist denn auch die hier verwendete Begrifflichkeit des globalen »Nordens« und »Südens« zu verstehen: als eine relationale Kategorie, die eine geografisch-territoriale Materialisierung haben kann (etwa in Gestalt von »Europa« und »Afrika«), aber keineswegs haben muss. Vor allem anderen sucht sie ein politökonomisches und sozialökologisches Herrschafts- und Unterordnungsverhältnis begrifflich zu fassen, ein komplexes Geflecht von weltgesellschaftlichen Dominanz- und Abhängigkeitsbeziehungen zwischen den fortgeschrittenen industriekapitalistischen Gesellschaften (dem »Norden«) auf der einen Seite, den »low-income countries« und »Schwellenländern« (dem »Süden«) dieser Welt auf der anderen.

Ich möchte die damit umschriebene Konfiguration im kapitalistischen Weltsystem als *Externalisierung* bezeichnen (vgl. ausführlich Lessenich

2016). Unter »Externalisierung« soll zum einen eine doppelte, verkoppelte politökonomische Strukturpolitik der *Ausbeutung* von Arbeit und Natur sowie der *Auslagerung* von sozialen und ökologischen Kosten verstanden werden. In beiderlei Hinsicht wird die »Umwelt« der industriekapitalistischen Gesellschaften als ein »Außen« konstruiert, das einerseits die stofflichen Voraussetzungen für den »internen« Prozess der kapitalistischen Verwertung bzw. Mehrwertproduktion liefert, andererseits gewissermaßen als Auffangbecken und Endlager für die biophysischen und ökosozialen Abfallprodukte des Verwertungsprozesses dient.

Das *Ausbeutungsmoment* von Externalisierung ist in der jüngeren sozialwissenschaftlichen Debatte, im deutschen Sprachraum im Anschluss an die einschlägige Konzeptbildung bei Rosa Luxemburg, Burkart Lutz und David Harvey insbesondere durch Klaus Dörre (2009), als widersprüchliche Bewegung kapitalistischer »Landnahme« diskutiert worden: In einem fortgesetzten Prozess erweiterter »ursprünglicher Akkumulation« verleiht sich die kapitalistische Ökonomie durch Inwertsetzung bislang nicht kapitalistischer Territorien, Lebensbereiche und Sozialmilieus beständig eine »Außenwelt« ein, um ihre Reproduktion auf erweiterter Stufe zu gewährleisten. Da der Kapitalismus aber auf die dauerhafte Existenz einer solch nicht kapitalistischen Umwelt strukturell angewiesen ist, ergibt sich als dessen »Bewegungsgesetz« eine beständige Dialektik von De-Kommodifizierung (oder »Landpreisgabe«) und Re-Kommodifizierung (neuerlicher Landnahme). Dies zeigt sich historisch, im Sinne der »äußeren« Landnahme, in der immer neuen Abfolge von »emerging markets« an den Peripherien des kapitalistischen Weltsystems, auf deren neokoloniale »Eroberung« und profitable Bewirtschaftung durch das Industriekapital des globalen Nordens stets – so sicher wie das Amen in der Kirche – das plötzliche Desinteresse (sprich Disinvestment) der Kapitaleigner*innen aus den Zentrumsökonomien folgt, die sich sodann aufmachen zu neuerlichen Landnahmen in neuen, kostengünstiger und also profitabler erscheinenden Kurzzeitwirtschaftswunderökonomien (bevor sie dann irgendwann wieder zurückkehren in das zuvor preisgegebene, abgewirtschaftete Land). Als »innere Landnahme« lassen sich entsprechende Bewegungen zum Beispiel in der Abfolge zunächst einer Etablierung marktexterner Institutionen sozialer Sicherung im »goldenen Zeitalter« des

Wohlfahrtsstaates und sodann eines Rückbaus entsprechender Institutionen und deren Unterwerfung unter eine kapitalistische Funktionslogik (in Form von »Wohlfahrtsmärkte« und »New Public Management«) seit den 1980er-Jahren ausmachen. Alle genannten Prozesse verliefen freilich »gesetzmäßig« nicht in dem Sinne, dass sie nicht sozial umkämpft und diskursiv umstritten gewesen wären: Faktisch waren ihre Durchsetzung und je konkrete Gestalt stets materialer Ausdruck der jeweils herrschenden politischen Macht- und sozialen Kräfteverhältnisse.

Das komplementär zum Prozess der Ausbeutung zuvor nicht ausgebeuteter Ressourcen zu verstehende *Auslagerungsmoment* kann als der im engeren Sinne externalisierende Zugriff der industriekapitalistischen Gesellschaften auf ihr vor-, früh- oder frühhochkapitalistisches »Außen« bezeichnet werden. Mit der hier interessierenden Strukturodynamik äußerer Landnahmen geht immer auch die Auslagerung von sozialen und ökologischen Kosten des kapitalistischen Verwertungsprozesses einher. Das ökonomische Entwicklungsmodell der fortgeschrittenen Industriekapitalismen im globalen Norden beruht auf der Auslagerung schlechter Arbeit und schmutziger Produktion in die Peripherien des kapitalistischen Weltsystems. Mit nur geringem oder gar keinem Arbeits- und Sozialschutz, unter hohen Gesundheitsgefährdungen und bei erhöhter Sterblichkeit, zu Niedriglöhnen und unter zerstörerischem Einsatz ganzer Haushalts- und Familienökonomien werden in den Bergbauschächten und Agrarhöhlen, in den *sweat shops* und an den »verlängerten Werkbänken« des globalen Südens jene Rohstoffe, Vorprodukte und Konsumgüter hergestellt, die in die Hochproduktivitätsökonomien des globalen Nordens eingespeist werden und die dort verbreiteten Lebensführungsmuster ermöglichen. Zugleich werden die vielfältigen, ebenso massiven wie häufig irreversiblen ökologischen Schäden, die eine kaum regulierte und kontrollierte, von ungehindertem Chemikalieneinsatz und ungebremster Boden-, Wasser- und Luftverschmutzung getragene Rohstoff- und Industrieproduktion hinterlässt, von den Ländern und Bevölkerungen des globalen Südens getragen. Am anderen, nördlichen Ende der Wertschöpfungskette hingegen halten Unternehmen, Regierungen und Bevölkerungen viel auf ihr umweltpolitisches Engagement und auf ein allfällig zur Schau gestelltes Umweltbewusstsein, das die Tatsache eines ungleich

höheren ökologischen Fußabdrucks der Bürger*innen »hoch entwickelter«, angeblich zunehmend auf »Wissensökonomie« und »immaterielle Arbeit« setzender industriekapitalistischer Gesellschaften verdeckt. Dabei produziert deren Auslagerung von sozialen und ökologischen Kosten ihrer Reichtumsproduktion für den globalen Süden ökonomische Kosten in dem doppelten Sinne, dass die dort entstehenden Schäden, soweit irgend möglich, durch »konsumtives« Staatshandeln bearbeitet werden müssen – und der Übergang zu einem die Gesellschaften des globalen Nordens nachahmenden industriewirtschaftlichen Entwicklungspfad de facto verunmöglicht, ja zum Teil aktiv verhindert wird.

Letzteres verweist auf einen weiteren, in der Analyse von Externalisierungsphänomenen systematisch zu berücksichtigenden Aspekt, nämlich auf die Tatsache, dass in Externalisierungsdynamiken stets zwei analytisch zu unterscheidende Funktionsdimensionen ineinandergreifen: die materiale und die symbolische. Das funktionale Komplement zu dem skizzierten, materialen Strukturzusammenhang von Ausbeutung und Auslagerung ist die symbolische Praxis der *Ausblendung* von Externalisierungsprozessen aus dem individuellen und kollektiven Bewusstseinshaushalt der fortgeschrittenen industriekapitalistischen Gesellschaften. Dass andere andersorts für die Voraussetzungen der eigenen Produktions- und Reproduktionsweise sorgen und dass die Konsequenzen derselben ebenfalls andere anderswo zu tragen haben: Dieser funktionale Zusammenhang wird in und von der Externalisierungsgesellschaft effektiv verdrängt. Diese hat im Laufe der Zeit und im Zuge der Etablierung ihres spezifischen Reproduktionsmechanismus eine bemerkenswerte Vielfalt von Begründungsmustern und Rechtfertigungsordnungen, Legitimationsinstanzen und Invisibilisierungsagenturen der Externalisierung entwickelt – von der Berufung auf Volkstugenden wie »Fleiß« und »Innovationskraft« über die Abwertung der Peripherien des kapitalistischen Weltsystems als »failed states« und Brutstätten der »Korruption« bis hin zur »Konvergenz«-Semantik der neoklassischen Wirtschafts- und soziologischen Modernisierungstheorie. Auch in ideologischer Hinsicht erweist sich der moderne Industriekapitalismus mithin als außerordentlich produktiv.

Die effektive Stabilisierung externalisierungsgesellschaftlicher Zusammenhänge verdankt sich allerdings keineswegs nur dem Zusammenspiel

von institutionalisierter und alltagspraktischer Ideologieproduktion. Vielmehr hat sich in den Gesellschaften des globalen Nordens – in Europa und Nordamerika, Ozeanien und Japan – nach dem Zweiten Weltkrieg eine »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) verbreitet und normalisiert, die ganz im Sinne Gramscis mit einer Mischung von Konsens und Zwang operiert (vgl. Buckel/Fischer-Lescano 2007). »Imperial« ist die äußerst ressourcen- und emissionsintensive Lebensweise, wie sie mit dem fortschreitenden Industriekapitalismus einhergeht, in einem doppelten Sinne. Zum einen setzt sie sich in den historisch früh industrialisierten Ländern durch und beginnt dort nicht nur die alltägliche Lebensführung, sondern auch die sozialen Situationsdeutungen und interessenpolitischen Positionierungen tendenziell der gesamten Bevölkerung zu beherrschen: Wer hier überleben und, mehr noch, »gut« leben will, folgt tunlichst den »Marktsignalen« und passt sich in seiner sozialen Praxis den vorherrschenden Normen gesellschaftlichen Erfolgs und eines »gelingenden Lebens« an. Zum anderen beginnt die marktförmig-konsumistische, in jeder Hinsicht verbrauchs- und kostenträchtige Lebensweise des globalen Nordens, im Zuge zuerst von politischer Entkolonialisierung und sodann von ökonomischer Globalisierung, auch auf die Peripherien bzw. zunächst die Semiperipherien des kapitalistischen Weltsystems überzugreifen und dortige Infrastrukturen und Deutungsmuster gesellschaftlichen »Fortschritts« zu beherrschen. Hier wie dort operiert die sich etablierende Hegemonie industriekapitalistischer Lebensweisen im Doppelmodus von Teilhabe und Unterwerfung: herrschaftliche Unterwerfung unter die Logik der kapitalistischen Reichtumsproduktion (als »ungeheure Warensammlung«), subalterne Teilhabe an ihren Segnungen (eben an der »ungeheuren Warensammlung«). Unterwerfung und Teilhabe im Modus des fortgeschrittenen Industriekapitalismus bilden in den kapitalistischen Zentren die Basis sowohl des fordistischen wie auch noch des postfordistischen »Gesellschaftsvertrags«. An den Peripherien des kapitalistischen Weltsystems formen sie den Hintergrund der sozioökonomischen Entwicklungsdynamik der »aufstrebenden Schwellenländer« wie auch der Lebensentwürfe der »neuen Mittelschichten« im globalen Süden.

Es ist diese Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, oder besser vielleicht die Gleichgerichtetheit ungleicher Entwicklungspfade, die weltgesell-

schaftlich die politökonomische Konstellation der Gegenwart charakterisiert, und zwar in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit. Die nach der Implosion des Staatssozialismus weiter beschleunigte und radikalisierte Externalisierungsdynamik des Wohlstandskapitalismus scheint heute wenn nicht an systemische Grenzen, so doch an operative Begrenzungen ihrer stabilen Reproduktion zu gelangen. Denn einerseits schrumpft im globalisierten Kapitalismus jenes »Außen«, das kostengünstig und einigermaßen friktionsfrei landgenommen und mit den Folgekosten der Landnahme belegt werden könnte. Zunehmend schlagen die Konsequenzen von Ausbeutung und Auslagerung auf das »Innen«, in die Zentren des Industriekapitalismus, zurück: Klimawandel und Ressourcenkriege, transnationale Flucht- und Arbeitsmigration sind die nicht zuletzt auch physisch spürbaren Zeichen dafür, dass die ökologischen und sozialen Verwüstungen, die der Wohlstandskapitalismus weltweit anrichtet, zunehmend auf die industriekapitalistischen Kernländer zurückschlagen. Dieser Effekt wird noch dadurch verstärkt, dass sich einige »middle-income countries«, allen voran China, anschicken, aus dem globalen Süden heraus und in den bislang exklusiven Klub der Externalisierungsgesellschaften des globalen Nordens hineinzudrängen. Dies führt nicht nur zu »ökoimperialen Spannungen« (Brand/Wissen 2017: 121) im kapitalistischen Weltsystem, wie sie etwa Donald Trump derzeit mit Blick auf die »chinesische Gefahr«, einstweilen nur im Sinne eines angedrohten Handelskriegs, politisch-medial inszeniert. Es verweist vor allen Dingen auf die potenziell existenzgefährdende – und zwar tendenziell die Gattung Mensch in ihrer Existenz gefährdende – Paradoxie, dass ein gesellschaftliches Reproduktionsmodell seinen globalen Siegeszug antritt, das funktional gerade auf seiner Exklusivität beruht und daher schlichtweg nicht verallgemeinerungsfähig ist.

Lebenslügen – revisited:
»Unser« Wohlstand
und die Kreuzung von Externalisierungskreisen

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Externalisierungsanalytik liest sich das bundesdeutsche – und cum grano salis euroatlantische – Wohlfühl-narrativ von »unserem« Wohlstand, »unserer« Demokratie und »unserem« Frieden durchaus noch mal ganz anders.

»Unser« Wohlstand, das wohlfahrtskapitalistische Wertschöpfungs- und Umverteilungsmodell der Bundesrepublik Deutschland, beruht maßgeblich auf der Ausbeutung von Arbeit und Natur jenseits der deutschen Staatsgrenzen sowie auf der Auslagerung von ökologischen und sozialen Kosten in Natur- und Sozialräume in der »Außenwelt« der deutschen Gesellschaft. Die bei uns seit geraumer Zeit – im Wortsinne – herrschenden Produktions- und Konsumweisen, Arbeits- und Lebensbedingungen sind nur möglich geworden und lassen sich nur aufrechterhalten, weil Bevölkerungsmehrheiten in den weniger privilegierten Gesellschaften, in den Armutsregionen und »Schwellenländern« des globalen Kapitalismus, unter uns unvorstellbaren oder jedenfalls als unzumutbar geltenden Bedingungen arbeiten und leben. Die wohlstandskapitalistische Welt externalisiert die Kosten ihres politisch-ökonomischen Entwicklungsmodells – und setzt darauf, dass der Preis dieser Externalisierung von anderen bezahlt wird.

Sicher: »Unser« Wohlstand ist äußerst ungleich verteilt. Gerade in Deutschland ist der Vermögensbesitz etwa im europäischen Vergleich besonders polarisiert, hat die Ungleichheit der Einkommenslagen und Lebenschancen im vergangenen Jahrzehnt stark zugenommen, sind die Möglichkeiten des Bildungserfolgs systematisch an die soziale Position des Herkunftshaushalts rückgebunden. Doch sind die Klassenstruktur der deutschen Gesellschaft und deren Dynamik eingebettet und eingebunden in die Struktur und Dynamik der Weltungleichheitsverhältnisse – was sowohl die Klassenanalyse wie auch Fragen der Klassenpolitik im Wohlstandskapitalismus verkompliziert. Und zwar mehr als es hiesigen politischen Akteuren, zumal der politischen Linken, bewusst ist und lieb sein kann.

Denn global gesehen platziert sich die gesamte Ungleichheitsstruktur der Bundesrepublik Deutschland an der Weltspitze des materiellen Reichtums (vgl. umfassend dazu Korzeniewicz/Moran 2009). Im Weltmaßstab und als sozialer Gesamtzusammenhang betrachtet reproduziert sich die bundesdeutsche Gesellschaft – und reproduzieren sich Gesellschaften des industriekapitalistischen Typs – auf einem stofflichen Verbrauchsniveau, das nicht nur nicht »nachhaltig« ist, sondern als geradezu irrwitzig gelten muss. Auch die Unterdrückten und Unterprivilegierten, die Mühseligen und Beladenen der fortgeschrittenen industriekapitalistischen Gesellschaften sind – in ihrer fraglos abhängigen, beherrschten sozialen Position – in einen Produktions- und Reproduktionszusammenhang gestellt, der strukturell auf der Ausbeutung fremder Ressourcen und der Kostenauslagerung auf Dritte beruht. Ein funktionaler Zusammenhang, der ihnen selbstverständlich nicht unmittelbar verfügbar ist, den sie aus ihrer subalternen Position heraus individuell nicht beeinflussen können – der sie aber, ob sie dies (wahrhaben) wollen oder nicht, in eine mittelbare Herrschaftsposition bringt, in eine erzwungene Komplizenschaft. Und sie damit auf die eine oder andere Weise zu Parteigänger*innen jenes exploitativen und externalisierenden Gesellschaftsmodells macht, ja machen muss, in und von dem sie – bisweilen mehr schlecht als recht, nicht selten aber doch recht gut – leben.

Im Zeichen kapitalistischer Globalisierung und eines wachsenden Rechtspopulismus in Europa und Nordamerika mehren sich allerdings in jüngerer Zeit die Stimmen, die von einer sich tendenziell schließenden globalen Ungleichheitsschere sprechen und die Angehörigen der euroatlantischen Mittelschichten zu den Verlierer*innen der ökonomischen, insbesondere von China ausgehenden »Machtverschiebungen im Weltsystem« (Schmalz 2016) erklären. Schließt der globale Süden also im Wohlstandsniveau auf, gleicht er sich den gesellschaftlichen Verhältnissen im globalen Norden an? Ist, nach den südostasiatischen »Tigerstaaten« Südkorea, Singapur, Hongkong und Taiwan, nun auch China auf dem Sprung – und mit ihm Indien, Vietnam, Thailand, Indonesien? Es scheint zwei Varianten dieses Arguments zu geben: eine, die für die genauere Analyse sich kreuzender Externalisierungskreise sowie der daraus sich ergebenden Schwierigkeiten einer globalen sozialökologischen Trans-

formation spricht; und eine andere, die wohl eher als wissenschaftlicher Legitimationsdiskurs der herrschenden weltgesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse gelten muss.

Zur letztgenannten Kategorie dürfte Thomas Pikettys (2014: 42, 98) These vom »internationalen Aufholprozess« und einer »Phase der Konvergenz zwischen reichen und armen Ländern« zu zählen sein. Auch François Bourguignon (2013: 9, 10), ehemaliger Chefökonom der Weltbank, spricht nicht nur von einem »historischen Wendepunkt« und einer »Trendumkehr der weltweiten Ungleichheit« zur Jahrtausendwende, sondern gar von einem Prozess »der effektiven Angleichung des zwischenstaatlichen Lebensstandards«. Zu einiger Berühmtheit gelangt sind entsprechende Thesen in Gestalt der »Elefantenkurve«, wie sie von Branko Milanovic, einem weiteren früheren Weltbankökonom, popularisiert worden ist. Diese eingängige Grafik (vgl. z. B. Milanovic 2016: 11) stellt den zwischen 1988 und 2008 sich ergebenden realen prozentualen Einkommenszuwachs entlang unterschiedlicher Positionen der Welteinkommensverteilung dar und weist aus, dass die entsprechenden Zuwächse zwischen dem 50. und 60. Perzentil der Verteilung – also in den (oberen) Mittelschichten der »Schwellenländer« – am höchsten waren. Hingegen lagen sie rund um das 80. Perzentil – also bei den (unteren) Mittelschichten der reichen Gesellschaften – am niedrigsten (nämlich bei null). Dementsprechend spricht Milanovic (2016: 10) vom Aufstieg einer »emerging global middle class« – ein Aufstiegsszenario, das mit dem hierzulande mittlerweile weitverbreiteten Bild von der deutschen bzw. euroatlantischen »Abstiegsgesellschaft« (Nachtwey 2016) korrespondiert.

Bezeichnenderweise haben die vielfältigen von den einschlägigen Autoren persönlich vorgenommenen Relativierungen bis hin zur Selbstinfragestellung der »Konvergenzthese« – anders als die vom scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des globalen Südens kündende »Elefantenkurve« – praktisch keinen politisch-medialen Widerhall gefunden. Dabei weist Bourguignon (2013: 14) ausdrücklich darauf hin, dass auch nach einem Vierteljahrhundert der sogenannten Konvergenz die globale Ungleichheit alle nationalen Ungleichheitsmaße sprengt und »wahrscheinlich sehr viel gravierender« sei »als das, was ein einzelner Staat aushalten würde, ohne in eine ernste Krise zu geraten«. Und in der Tat: Der Abstand zwischen

den ärmsten und den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung beläuft sich »heute immer noch auf das 90-Fache« (Bourguignon 2013: 17), »the world is more unequal than even Brazil or South Africa« (Moran 2015: 869). Während die erste Grafik in Milanovics Buch, die oben genannte Kurve der relativen Verschiebung von Verteilungspositionen, zu Weltruhm gelangt ist, kräht nach der zweiten (vgl. Milanovic 2016: 25), die für denselben Untersuchungszeitraum die absoluten Einkommenszuwächse auch der Mittelklassen im globalen Norden ausweist und insgesamt »the immense differences in income that exist in the world today« (Milanovic 2016: 26) belegt, sprichwörtlich kein Hahn.

Es ist der vermeintliche Konvergenzdiagnostiker Milanovic, der eigens auf die schon sozialstatistisch eigentlich offensichtliche Tatsache hinweist, dass man die Mittelklassen der »emerging market economies« nicht mit jenen der reichen Gesellschaften verwechseln dürfe (vgl. 2016: 26-29). Und der eine derart eingeschränkte »Konvergenz« zudem als ein Phänomen allein der bevölkerungsreichen Länder Asiens ausweist (vgl. 2016: 169–176), während nicht nur praktisch der gesamte afrikanische Kontinent, sondern »large parts of the globe are not achieving it« (2016: 170). Und doch lässt er es sich nicht nehmen, eine weitere Grafik seines Buches, die zeigt, wie sich die Haushaltseinkommen des achten Einkommensdezils des urbanen Chinas (also die reale Einkommensposition der oberen Mittelschichten in den chinesischen Metropolen) von unten der nur leicht ansteigenden Einkommensposition des zweiten US-amerikanischen Dezils (also faktisch der Unterschichten in den USA) annähern und diese zum Ende des Beobachtungszeitraums fast erreichen, mit der Legende »The convergence of Chinese and US incomes, 1988–2011« (2016: 35) zu versehen.

Der Impuls nicht nur (aber vielleicht insbesondere) von Ökonom*innen, ein irgendwie die globalisierungskritischen Geister dementierendes und zugleich bedrohlich anmutendes Bild vom nachhaltigen Aufstieg und nahenden Aufholen des globalen Südens zu zeichnen, scheint also übermächtig zu sein. Dabei lässt sich selbst die Lebensweise der urbanen chinesischen Mittelschichten, von ihrem Konsumniveau ebenso wie ihrem Ressourcenverbrauch her, allenfalls als »subimperial« (Brand/Wissen 2017: 115) bezeichnen. Und die sozialstatistischen Vermessungen ihres Lebens-

standards beschränken sich in aller Regel auf die Erhebung von (zudem durchschnittlichen) Einkommenspositionen, ohne jedoch zum Beispiel die Existenz (oder zumeist eben Nichtexistenz) wohlfahrtsstaatlicher Einkommensersatzsysteme, die Verfügbarkeit öffentlicher Infrastrukturen und sozialer Dienstleistungen oder gar die ökologischen Bedingungen der Lebensführung breiter Bevölkerungsmehrheiten sowie die massiven Binnenmigrationsbewegungen in den Ländern des globalen Südens in Rechnung zu stellen. Nur eine derartige Erweiterung des Blicks aber könnte ein einigermaßen realistisches Bild vom absoluten und relativen Wohlstand außerhalb der industriekapitalistischen Zentren zeichnen – doch »solche nicht ökonomischen Dimensionen sind schwerer zu erfassen« (Bourguignon 2013: 19), vor allem nicht in einer einzigen statistischen Kennziffer. Daher sehen die allermeisten Analysen von ihrer Berücksichtigung gleich ganz ab.

Gleichwohl sind die Verschiebungen zwischen den alten kapitalistischen Zentren und den – wenigen – neuen Spielern im globalen Wachstums- und Verteilungsgeschehen für eine differenzierte Analyse externalisierungsgesellschaftlicher Verhältnisse von Bedeutung. So wie Georg Simmel die Individualität des modernen Menschen aus der »Kreuzung sozialer Kreise« hervorgehen sah, aus seiner jeweiligen Positionierung an der Schnittstelle unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeiten, so ergibt sich der spezifische Status einzelner Nationalökonomien und nationaler Klassenlagen gewissermaßen aus der Kreuzung der Externalisierungskreise, aus ihrer Verortung an der Schnittstelle multipler, sich überlagernder Ausbeutungs- und Auslagerungsprozesse. Einiges spricht dafür, dass China gegenwärtig in die Liga der Externalisierungsgroßmeister aufsteigt: Wie die Länder des globalen Nordens nimmt es, wenngleich immer noch auf deutlich niedrigerem Pro-Kopf-Niveau, die stofflichen Ressourcen des Planeten und die CO₂-Senken der Erde überproportional in Anspruch – und wirtschaftet damit auf Kosten von anderen, ärmeren und ressourcenschonenderen Gesellschaften. Und auch wenn die neuen Mittelschichten Chinas »eher mit denen der kapitalistischen Zentren vor dem Fordismus und der Ausbildung von Sozialstaatlichkeit zu vergleichen« (Brand/Wissen 2017: 109) sind – mit 85 privaten Automobilen pro 1.000 Einwohner*innen lag China im Jahr 2012 noch weit hinter dem bei 539 liegenden

und nach wie vor steigenden Wert Deutschlands (Brand/Wissen 2017: 114) –, so brechen sie doch offensichtlich eine schlichte Zuordnung von Gewinnen und Verlusten entlang der globalen Nord/Süd-Achse auf. Kein Zweifel: Die chinesische Ökonomie und bestimmte Klassenfraktionen der chinesischen Gesellschaft eifern den in den industriekapitalistischen Zentren Europas und Nordamerikas beheimateten Profiteuren der Externalisierungsgeschichte des 20. Jahrhunderts nach.

Lebenslügen – revisited:
»Unsere« Demokratie
und der geheime Gesellschaftsvertrag

Die Vorstellung, dass einzelne Länder und Klassenfraktionen des globalen Südens womöglich den Katzentisch des kapitalistischen Weltsystems verlassen und an der reich gedeckten Tafel der nördlichen Externalisierungsgesellschaften Platz nehmen könnten, kann weder dem europäischen oder US-amerikanischen Kapital noch – und schon gar nicht – den euroatlantischen Mittelschichten gefallen. Das wiederum hat wesentlich – und paradoxerweise – mit der Logik »unserer« Demokratie zu tun, die sich spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg als Wachstumsdemokratie etabliert und legitimiert hat.

Mehr noch als in anderen westlichen Industriegesellschaften hängt in Deutschland die Zustimmung zu demokratischen Normen und Institutionen an jener wirtschaftlichen Prosperitätskonstellation, die der langen europäischen Nachkriegszeit ihre Prägung gab. Das vermeintliche »Wirtschaftswunder« der industriekapitalistischen Rekonstruktion Westdeutschlands nach 1945, der damit ermöglichte »Fahrstuhleffekt« eines stetigen *Upgrade* der gesellschaftlichen Ungleichheitsstruktur, schließlich der über wachstumspolitische Positiv-Summen-Spiele ermöglichte »soziale Frieden« zwischen Kapital und Arbeit stehen hinter der viel gerühmten und beschworenen Stabilität einer demokratischen Ordnung, die in ihrer Akzeptanz und ihren Zustimmungswerten von der fortgesetzten politischen Gewährleistung wirtschaftlichen »Fortschritts« abhängt. Nicht auszudenken, wie es um die Demokratie in Deutschland bestellt wäre, wenn sie mit ökonomischen Krisenerscheinungen konfrontiert